

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ratsbetreuender Fachbereich 1 - Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung	Datum 18.07.2001
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/14- 2237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 03.07.2001
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:04 Uhr - 19:50 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Inhalt	
A <u>Öffentlicher Teil</u>	
<ol style="list-style-type: none"> 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil - 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 05.04.2001 - öffentlicher Teil - 282/2001 4. Mitteilung der Bürgermeisterin -Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Bergisch Gladbach Beitritt Bergisch Gladbacher Firmen zum Stiftungsfonds -Nachfrageergebnis- 435/2001 	

5. **Beteiligungsbericht 1999**
379/2001

- 5a. **Fortsetzung der Förderung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale NRW in Bergisch Gladbach im Jahr 2002**
453/2001

6. **Über- und ausserplanmässige Ausgaben 2000**
299/2001

7. **Über- und ausserplanmässige Ausgaben 2001**
300/2001

8. **Über- und ausserplanmässige Ausgaben 2001**
374/2001

9. **Einwohnerfragestunde**
238/2001

10. **Feststellung der Entgelte für die städtischen Konzerte der Saison 2001/2002**
353/2001

11. **Änderung des Namens "Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach" in "Stadtbücherei Bergisch Gladbach"**
376/2001

12. **Änderung der Entgeltordnung der Stadt- und Kreisbücherei**
377/2001

13. **Jahres- und Lagebericht 2000 des Stadtarchivs**
272/2001

14. **Jahres- und Lagebericht 2000 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"**
273/2001

15. **Jahres- und Lagebericht 2000 der städtischen Bildungseinrichtung "Volkshochschule Bergisch Gladbach"**
274/2001
16. **Jahres- und Lagebericht 2000 der Stadt- und Kreisbücherei**
275/2001
17. **Jahres- und Lagebericht 2000 der städtischen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach"**
276/2001
18. **Jahresabschluss 2000 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**
350/2001
19. **Feststellung des Jahresabschlusses 1999 für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach**
356/2001
20. **Feststellung des Jahresabschlusses 1999 für das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach**
354/2001
21. **II. Änderung der Gebührenordnung für Parkuhren/Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach (Parkgebührenordnung)**
420/2001
22. **I. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister**
446/2001
23. **Einrichtung eines Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen gemäß dem Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2000**
339/2001
24. **Fortführung der Mobilen Offenen Jugendarbeit**
321/2001

25. **Erhöhung des Benutzungsentgeltes für den Jugendzeltplatz Freudenthal**
330/2001

26. **Änderung Nr. 134/5310 - Overrather Straße - des Flächennutzungsplanes;**
- Beschluss der Änderung-
368/2001

27. **Bebauungsplan Nr. 5462 - Moureauxstraße - 1. Vereinfachte Änderung;**
- Beschluss als Satzung-
244/2001

28. **Bebauungsplan Nr. 8 - Schildgen Ost - 1. Vereinfachte Änderung;**
- Beschluss zur Aufstellung-
- Beschluss als Satzung-
360/2001

29. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 07.05.2001 zur Umbesetzung im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr**
308/2001

30. **Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2001 zur Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr**
444/2001

31. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 14.05.2001, an den Bushaltestellen in den beiden Richtungen auf der Dolmanstraße und der Station Refrath der Straßenbahnlinie 1 eine Fußgängerüberquerungsmöglichkeit zu schaffen**
336/2001

32. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 14.06.2001 zum Projekt "Selbständige Schule"**
448/2001

33. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 18.05.2001 zur Einrichtung von Kleinen Offenen Türen /Jugendtreff und Offenen Türen / Kinder und Jugendzentren in den Räumlichkeiten der weiterführenden Schulen der Stadt Bergisch Gladbach**
449/2001

34. **Antrag der Fraktion KIDitiative vom 03.07.2001 zur Vermietung des Ratskellers des Rathauses Bergisch Gladbach als a) Raum für private Feiern und b) Proberaum für Musikgruppen**
450/2001
35. **Anfragen der Ratsmitglieder**

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt für die Sitzung folgende relevante Unterlagen:

1. die Einladung vom 20.06.2001 mit den beigefügten Vorlagen,
2. das Anschreiben vom 28.06.2001 mit seinen Anlagen,
3. eine Beschlußvorlage zur Erweiterung der Tagesordnung im öffentlichen Teil,
4. eine Beschlußvorlage zum Punkt „Fortsetzung der Förderung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale NRW in Bergisch Gladbach im Jahr 2002“,
5. den Beteiligungsbericht 1999.

Danach begrüßt sie Herrn Bruno Hastrich, der seinen Dienst als Leiter des Fachbereiches 5 angetreten hat.

Im Anschluß daran übermittelt sie den Dank des Rates an alle, die an der Durchführung der „Italienischen Wochen“ beteiligt waren.

Danach faßt der Rat einstimmig folgenden

Beschluß:

Gemäß § 48 Abs. 1 Satz 4 GO NW in Verbindung mit § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach wird die Sitzung im öffentlichen Teil um den Punkt A 5 a „Förderung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale NRW in Bergisch Gladbach im Jahr 2002“ erweitert.

Herr Ziffus bittet darum, die Tagesordnung um einen Antrag seiner Fraktion zu erweitern. Die Verwaltung solle umgehend beauftragt werden, Maßnahmen gegen das Auftreten von Hochwasserschäden bei Unwettern zu veranlassen. Mit Blick auf die Ereignisse des letzten Wochenendes sei eine Dringlichkeit gegeben.

Herr Kraemer spricht sich gegen die Dringlichkeit aus. Es sei bekannt, daß die Verwaltung seit etwa einem Jahr mit Hochdruck an einem Konzept arbeite, wie Hoch-

wasserschäden im Zuge von Unwetter künftig vermieden werden können. Der Rat könne sich über Vorschriften eines wasserrechtlichen Verfahrens nicht hinwegsetzen. Solche Verfahren dauerten bekanntlich recht lange. Ohne das notwendige Zahlenmaterial und weitere Unterlagen könne heute ohnehin nicht sinnvoll beraten werden. Keine Bedenken habe er gegen eine Diskussion der Problematik im zuständigen
Fachausschuß.

Bürgermeisterin Opladen schließt sich dieser Auffassung an. Die Fraktionen hätten den Antrag nicht vorherberaten können. Sie schlägt vor, daß die Verwaltung unter Punkt 4 des öffentlichen Teiles über die veranlaßten Maßnahmen berichtet.

Herr Freese schlägt vor, den Antrag entgegenzunehmen und die Verwaltung am Abwasserkonzept weiter arbeiten zu lassen. Es sei möglich, in der kommenden Sitzung des Rates am 20.09.2001 einen Zwischenbericht über das Veranlaßte zu geben.

Herr Ziffus ist mit der Verfahrensweise einverstanden, wenn unter Punkt 4 des öffentlichen Teiles berichtet werde.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 05.04.2001 - öffentlicher Teil -

Bürgermeisterin Opladen ergänzt zu Punkt 22, daß die Gedenktafel inzwischen am 25.06.2001 der Öffentlichkeit übergeben wurde. Die Verwaltung werde sich bemühen, das Anbringungsdatum sobald wie möglich zu ergänzen.

Zu Punkt 26 informiert sie, daß am 26.06.2001 die erste Sitzung der Arbeitsgruppe stattgefunden habe. Dem Arbeitskreis gehörten Frau Ingrid Koshofer sowie die Herren Peter Baeumle-Courth, Otto Jung, Fabian Schütz, Dr. Peter Winzen und Dr. Albert Esser an. Besichtigt worden seien die Räumlichkeiten des Archivs, in denen eine Gedenkstätte eingerichtet werden könnte. Das nächste Treffen der Gruppe finde am 18.08.2001 statt.

4. Mitteilung der Bürgermeisterin

1. Hochwasser-Ereignis am 30.06.2001

Herr Schmickler weist darauf hin, daß es am Samstag, den 30.06.2001, ein etwa 15 Minuten dauerndes Unwetter gegeben habe, das im Bereich Hebborn und der

Buchmühle zu erheblichen Wasserschäden geführt habe. Die diesen Bereich betreffenden, von der Verwaltung angedachten Maßnahmen im Abwasserbereich seien zwar im zuständigen Fachausschuß vorgestellt worden, jedoch aufgrund der Kürze der Zeit noch nicht zu realisieren gewesen. Dies hänge vor allem mit Grundstücksmodalitäten zusammen. Die Verwaltung werde nach den Sommerferien einen detaillierteren Bericht über kurzfristige Maßnahmen vorlegen.

Der Leiter des Abwasserwerkes, Herr Werner, erläutert, daß das gesamte Stadtgebiet von dem Unwetter betroffen war. In anderen Stadtteilen seien Schäden ausgeblieben. Allerdings sei der Bereich Hebborn entlang des Hebborner Baches nach wie vor problematisch. Die konzipierten Abhilfemaßnahmen seien leider nur über einen längeren Zeitraum umsetzbar. Kurzfristig Abhilfe schaffen könne man im Bereich der Rommerscheider Straße, wo mit dem Bau der geplanten Rückhaltemaßnahmen schon in diesem Jahr begonnen werde. Problematisch sei die Rückhaltung im Gewässerbereich des Hebborner Baches unmittelbar vor der Bebauung. Der Bach führe bis hierhin erhebliche Wassermengen heran, so daß die Wohngebäude nur wirksam geschützt werden könnten, wenn man bereits vorher Rückstauräume schaffe. Allerdings sei hier aufgrund der wasserrechtlichen Problematik eine langwierige Genehmigungsphase zu erwarten. Gespräche mit Grundstückseigentümern seien im Gange.

Für den Bereich der Buchmühle erhoffe er sich eine wirksame Verbesserung durch die Umsetzung des planerischen Konzeptes des noch zu verabschiedenden Bebauungsplanes.

Herr Ziffus möchte wissen, ob vor dem Hintergrund der neuen Erkenntnisse die derzeitige planerische Konzeption des Bebauungsplanes „Om Schlöm“ sinnvoll sei. Seiner Auffassung nach hätte man in diesem Bereich besser ein Regenrückhaltebecken verwirklicht.

Herr Werner antwortet, daß sich inzwischen die grundsätzliche Konzeption hinsichtlich des Hochwasserschutzes verändert habe. Es sei heutzutage nicht mehr üblich, vorhandene Gewässer als Stauräume auszubilden. Rückhaltungen würden heutzutage im Kanal realisiert. Erst von da aus solle in die natürlichen Gewässer eingeleitet werden. Für Regenrückhaltebecken wie z.B. dem ursprünglich im Bereich „Om Schlöm“ geplanten erhalte man heute kaum noch Genehmigungen. Es werde als sinnvoller erachtet Gewässer so herzurichten, daß größere Wassermengen bereits vor einer evtl. Bebauung abgeleitet seien und diese nicht mehr negativ tangierten. Im übrigen Hebborn habe diese Konzeption auch funktioniert. Das dort vorhandene Regenrückhaltebecken sei am Wochenende nur etwa halb gefüllt worden.

Herr Hagen erinnert an seine Vorschläge, die er der Verwaltung unterbreitet habe. Nach deren Umsetzung werde es im kritischen Bereich von Hebborn und „Om Schlöm“ keine Überschwemmungen mehr geben.

2. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Bergisch Gladbach:

Frau Ryborsch bedauert, daß von den 12 in der Vorlage benannten Unternehmen nur drei dem Aufruf eines Beitritts zum Stiftungsfonds gefolgt seien. Dennoch solle man diesen dreien für ihr Engagement danken.

Herr Dr. Winzen bittet darum, den Fraktionen die Gründe mitzuteilen, derentwegen neun von den 12 Firmen nicht bereit waren, dem Stiftungsfonds beizutreten.

Bürgermeisterin Opladen kündigt an, die Angelegenheit nochmals im Ältestenrat zur Sprache zu bringen.

3. Mandatsniederlegungen

Bürgermeisterin Opladen gibt bekannt, daß Frau Wagner sowie die Herren Kraemer und Blask ihr Mandat niedergelegt hätten. Sie kündigt an, die offizielle Verabschiedung am Ende des öffentlichen Teiles vorzunehmen.

5. Beteiligungsbericht 1999

Herr Ziffus merkt an, daß seine Fraktion noch Beratungsbedarf habe. Er bittet darum, die Behandlung des Beteiligungsberichtes in der heutigen Sitzung als erste Lesung zu betrachten und die Angelegenheit für die kommende Sitzung des Rates vorzusehen.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß es sich um eine Mitteilungsvorlage handle. Sie bittet darum, Bedenken gegen den Beteiligungsbericht ggf. in Anträge zu kleiden.

Herr Kraemer weist darauf hin, daß sich kommunales Handeln mittlerweile vielfach außerhalb des Rates und dessen Ausschüsse vollziehe. Um so wichtiger sei es, die Inhalte der Beteiligungsberichte zur Kenntnis zu nehmen.

Auch Herr Dr. Fischer bewertet den Beteiligungsbericht als gute Übersicht über Aktivitäten der Stadt, die sich außerhalb der politischen Gremien abspielen. Im Rahmen einer weiteren Diskussion seien jedoch die im Bericht aufgeführten Erlöse und Zuschüsse unter Berücksichtigung der jeweiligen politischen Hintergründe, die hinter den einzelnen Beteiligungen stehe, kritisch auf ihre Wirtschaftlichkeit zu hinterfragen. Die FDP-Fraktion werde vor diesem Hintergrund zu einzelnen Aspekten des Beteiligungsberichtes Stellung beziehen.

Bürgermeisterin Opladen kündigt an, die Stellungnahmen der Fraktionen abzuwarten.

Im übrigen nimmt der Rat die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

5a Fortsetzung der Förderung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale NRW in Bergisch Gladbach im Jahr 2002

Bürgermeisterin Opladen erläutert, daß sie die Förderung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale NRW in Bergisch Gladbach in der letzten Sitzung der

Gemeinschaft der Hauptverwaltungsbeamten am 29.06.2001 zur Sprache gebracht habe. Die Hauptverwaltungsbeamten von Wermelskirchen, Leichlingen und Burscheid hätten erklärt, sich nicht an einer Förderung beteiligen zu wollen, da die dortigen Bürger eher die Beratungsstelle in Leverkusen aufsuchten. Zugesagt hätten eine Prüfung Kürten, Odenthal, Overath und Rösrath. Grundsätzlich werde dort eine Förderungswürdigkeit der hiesigen Beratungsstelle anerkannt, jedoch wolle man ohne die Einbindung der eigenen Räte keine Zusage machen. Weiterhin seien eine ganze Reihe von Fragen gestellt worden, die in einem Fragenkatalog zusammengefaßt wurden. Ohne Beantwortung dieser Fragen durch die Beratungsstelle sei man zu einer Förderung nicht bereit. Um der Verbraucherberatung für 2002 die notwendige Planungssicherheit zu geben, werde der Beschlußvorschlag unterbreitet.

Herr Waldschmidt bewertet die Ziffer 3 des Beschlußvorschlages als problematisch. Sie erwecke den Eindruck, als wenn die Verbraucherzentrale mit den ihr zur Verfügung gestellten Mitteln nicht sorgfältig genug umgehe. Werde dies so gesehen, so müsse die Verwaltung konkret angeben, wo die Kosten zu senken und die Einnahmen zu erhöhen seien.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß die Ziffer 3 auf dem Fragenkatalog der Hauptgemeindefachbeamten beruhe. Die Beratungsstelle werde sich aufgrund dessen ohnehin hiermit auseinandersetzen haben. Auf der anderen Seite sei der Rat souverän, die Ziffer 3 zu streichen.

Herr Kraemer stimmt dem Beschlußvorschlag uneingeschränkt zu. Die Aufforderung, Kosten zu senken und Einnahmen zu erhöhen, bedeute nicht automatisch den von Herrn Waldschmidt beschriebenen Vorwurf.

Auf Nachfrage von Herrn Blask stellt Bürgermeisterin Opladen klar, daß es sich bei den 112.000,- DM um den von der Beratungsstelle für 2002 erbetenen Betrag handle.

Für Frau Ryborsch ist die Erhaltung der Beratungsstelle sehr sinnvoll, da die Nachfrage groß sei. Punkt 3 des Beschlußvorschlages könne man etwas weiter fassen, indem unmittelbar hinter dem Komma die Worte „wenn möglich“ eingefügt werden.

Herr Dr. Fischer möchte wissen, ob der Kämmerer durch einen heutigen Beschluß u.U. der Möglichkeit beraubt werde, den Betrag zugunsten der Beratungsstelle auf die zu erwartende Streichliste zu setzen. Er beantragt, die Beratungsstelle mit lediglich 80.000,- DM zu unterstützen, um auf diese Weise die anderen Kommunen des Kreises an ihre Verpflichtung zu mahnen.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß es sich beim Beschlußvorschlag um die Förderung für ein Jahr handle. Man könne derzeit nicht absehen, wie die Räte in Odenthal, Kürten, Rösrath und Overath entscheiden. Ein Beschluß zur Förderung sei allerdings verbindlich, weshalb der Betrag dann nicht mehr auf der Streichliste erscheinen könne.

Stadtkämmerer Kotulla ergänzt, daß das Land die Verbraucherberatungsstelle nur bis zu der Höhe fördere, in der auch die Stadt Gelder bewillige. Eine Deckung auf 80.000,- DM bedeute, daß dann auch das Land nur 80.000,- DM zahle.

Herr Dr. Fischer zieht den Änderungsantrag zurück, kündigt jedoch die Stimmenthaltung der FDP-Fraktion an.

Bürgermeisterin Opladen schlägt vor, Punkt 3 des Beschlußvorschlages wie folgt zu formulieren:

„Die Verbraucherzentrale wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit sie ihre Kosten senken und ihre Einnahmen erhöhen kann.“

Sodann faßt der Rat einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion folgenden

Beschluß:

1. **Die Beratungsstelle der Verbraucherzentrale NRW in Bergisch Gladbach wird im Jahr 2002 mit bis zu 112.000,-- DM von der Stadt Bergisch Gladbach gefördert.**
2. **Die Verbraucherzentrale wird aufgefordert, mit den Städten Overath und Rösrath sowie den Gemeinden Kürten und Odenthal über eine Beteiligung an der Finanzierung der Beratungsstelle zu verhandeln. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Verhandlungen zu begleiten.**
3. **Die Verbraucherzentrale wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit sie ihre Kosten senken und ihre Einnahmen erhöhen kann.**
4. **Über eine evtl. weitere Förderung der Beratungsstelle in Bergisch Gladbach über das Jahr 2002 hinaus soll gemeinsam mit den o.g. Städten und Gemeinden und der Verbraucherzentrale NRW bis spätestens 30.06.2002 eine Regelung getroffen sein.**

6. **Über- und ausserplanmässige Ausgaben 2000**

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. **Über- und ausserplanmässige Ausgaben 2001**

Der Rat faßt einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP folgenden

Beschluß:

1. **Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2001 in Höhe von 240.000,00 DM wird gemäß § 82 Abs. 1 GO NW erteilt.**
2. **Die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2001 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 6.200,00 DM**

werden gemäß § 82 Abs. 1 GO NW zur Kenntnis genommen.

8. **Über- und ausserplanmäßige Ausgaben 2001**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der ausserplanmäßigen Ausgabe des Haushaltsjahres 2001 in Höhe von 80.000,00 DM wird gemäß § 82 Abs. 1 GO NW erteilt.

9. **Einwohnerfragestunde**

Einwohneranfrage von Herrn Klaus Hoffmann zur Bushaltestelle Refrather Weg

Herr Hoffmann verliest sein Anschreiben vom 11.05.2001 zur o.g. Problematik. Dieses ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Danach gibt Bürgermeisterin Opladen zur Einwohneranfrage eine Stellungnahme ab. Auch diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

10. **Feststellung der Entgelte für die städtischen Konzerte der Saison 2001/2002**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Entgelte für die städtischen Konzerte für die Saison 2001/2002 werden wie vorgelegt beschlossen

11. **Änderung des Namens "Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach" in "Stadtbücherei Bergisch Gladbach"**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Der Änderung des Namens von „Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach“

in „Stadtbücherei Bergisch Gladbach“ wird zugestimmt.

12. **Änderung der Entgeltordnung der Stadt- und Kreisbücherei**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Der Änderung des § 4 Benutzungsentgelt Ziffer 3.5 und der Erweiterung des § 4 um Ziffer 10 der allgemeinen Vertragsbedingungen der Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach wird zugestimmt.

13. **Jahres- und Lagebericht 2000 des Stadtarchivs**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

14. **Jahres- und Lagebericht 2000 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

15. **Jahres- und Lagebericht 2000 der städtischen Bildungseinrichtung "Volkshochschule Bergisch Gladbach"**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

16. **Jahres- und Lagebericht 2000 der Stadt- und Kreisbücherei**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

17. **Jahres- und Lagebericht 2000 der städtischen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach"**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

18. **Jahresabschluss 2000 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

1. Die Bürgermeisterin als Gesellschaftsvertreterin wird bevollmächtigt, in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2000 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen und den Jahresüberschuss der Gesellschaft in Höhe von DM 52.573.147,18 in die Gewinnrücklage einzustellen.
2. Die Bürgermeisterin wird ebenso bevollmächtigt, den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten .
3. Die Bürgermeisterin wird bevollmächtigt, für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2001 die Herren Dr. Christian Janssen und Stefan Winden von der Sozietät BFJM zu beauftragen.

19. **Feststellung des Jahresabschlusses 1999 für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.1999 in Aktiva und Passiva mit **14.358.782,33 DM**

die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem

Jahresüberschuss von 402.003,03 DM
fest.
2. Der Lagebericht 1999 wird gemäß § 26 Abs. 2 EigVO festgestellt.
3. Der Jahresüberschuss 1999 wird in Anlehnung an § 10 Abs. 3 EigVO dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke zugeführt.

20. **Feststellung des Jahresabschlusses 1999 für das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

1. **Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.1999 in Aktiva und Passiva mit 305.424.018,92 DM**

die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von 2.104.848,22 DM fest.
2. **Der Lagebericht 1999 wird gemäß § 26 Abs. 2 EigVO festgestellt.**
3. **Der Jahresüberschuss 1999 wird in Anlehnung an § 10 Abs. 3 EigVO dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke zugeführt.**

21. **II. Änderung der Gebührenordnung für Parkuhren/Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach (Parkgebührenordnung)**

Herr Blask spricht sich dafür aus, die Zeiten an den Parkuhren so zu verändern, daß auf der einen Seite das in der Vorlage dargestellte Defizit vermieden und zum anderen der Bürger nicht übervorteilt wird. Der Haushalt gebiete eine solche Handlungsweise. Von der beabsichtigten Parkgebührenbefreiung an den vier Samstagen vor Weihnachten profitierten vor allem die Einzelhändler, weshalb diese zu einem angemessenen finanziellen Ausgleich herangezogen werden sollten. Er beantragt, die Entscheidung über die Vorlage zu vertagen und die Verwaltung zu bitten, eine neue zu erarbeiten mit dem Ziel, diese in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einzubringen.

Auch Herr Waldschmidt lehnt die Vorlage ab. Die SPD-Fraktion habe bei der Umstellung auf den Euro auf strikte Kostenneutralität gedrängt. Hieran habe sich die Verwaltung nicht gehalten. Die prekäre Haushaltslage gebiete es zu verhindern, daß es im Parkgebührenbereich zu Mindereinnahmen komme. Zudem würden die Parkintervalle verlängert, was zu einer längeren Blockade der einzelnen Stellplätze führe. Dies verhindere wiederum den gewünschten raschen Umschlag der Parkplätze.

Auch für Frau Ryborsch ist die Vorlage vor dem Hintergrund der finanziellen Lage der Stadt nicht zu verantworten. Ihrer Auffassung nach sei im Falle eines Beschlusses im Sinne der Vorlage die II. Änderung mit auf die zu erwartende Streichliste zu setzen. Sie empfiehlt, die Vorlage zurückzuziehen und die Angelegenheit erneut in den Fachausschuß einzubringen.

Herr Kraemer geht davon aus, daß bei einem Parkvolumen von ca. 2,3 Mio. DM die dargestellte Abrundung zulässig und wirtschaftlich zu vertreten ist. Die Gebührenfreiheit an den vier Samstagen vor Weihnachten sei kein Geschenk an die Autofahrer, sondern diene der Steigerung des Umsatzes der städtischen Einzelhändler und damit auch dem Gewerbesteueraufkommen der Stadt.

Herr Kotulla erinnert daran, daß sich der städtische Einzelhandel an der

Parkraumbewirtschaftung mit der Erstattung von Parkgebühren beteilige. Zudem würden auch Busfahrkarten verteilt.

Herr Ziffus kritisiert in seiner Auffassung nach gegebenes Ungleichgewicht zwischen der Förderung des motorisierten Individualverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs. Nicht nur der Inhalt der hier diskutierten Beschlußvorlage, sondern auch die im Fachausschuß beschlossene Aufstockung des Parkdecks Schnabelsmühle zeige die eindeutige Bevorzugung der Autofahrer. Seiner Auffassung nach gebiete es die Haushaltslage zumindest auf längere Sicht, die Parkraumbewirtschaftung zu einem kostendeckenden Eigenbetrieb umzufunktionieren.

Herr Blask betont, daß es ihm nicht um die Abschaffung der vier gebührenfreien Samstage vor Weihnachten gehe, sondern lediglich um eine angemessene Kostenbeteiligung der Profitierenden.

Auch Herr Freese kritisiert, daß durch die II. Änderung der Parkgebührenordnung der Umschlag der Parkplätze reduziert werde. Dies führe neben den Abrundungen zu erheblichen Einnahmeverlusten der Stadt. Die Erfahrungen mit den vier gebührenfreien Samstagen vor Weihnachten hätten ergeben, daß die Parkplätze in der Stadt relativ schnell besetzt waren und Bürger, die zu einem späteren Zeitpunkt einkaufen wollten, keinen Stellplatz mehr fanden. Wenn an den vier Samstagen vor Weihnachten schon keine Gebühren genommen würden, so sei es zumindest notwendig, für den Umschlag der Parkplätze Sorge zu tragen. Dies könne ggf. über eine blaue Zone geschehen.

Herr Müller weist darauf hin, daß die Finanzierung der Aufstockung des Parkdecks Schnabelsmühle zu einem erheblichen Teil aus Ablösebeträgen erfolge. Diese Beträge seien vor allem durch die Einzelhändler gezahlt worden.

Herr Dr. Fischer hält es für denkbar, die Entscheidung über die Vorlage zu vertagen, wengleich die FDP-Fraktion im Fachausschuß zugestimmt habe. Eine nochmalige Behandlung im Fachausschuß und im Rat nach der Sommerpause sei zeitlich ohne weiteres möglich.

Frau Ryborsch beantragt, die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Sodann lehnt der Rat diesen Antrag mehrheitlich mit den Stimmen der CDU ab.

Herr Waldschmidt führt aus, daß man ihm im Fachausschuß auf Nachfrage mitgeteilt habe, die Ablösebeträge reichten zur Aufstockung des Parkdeckes Schnabelsmühle bei weitem nicht aus. Er möchte wissen, ob diese Auskunft der Richtigkeit entsprochen habe.

Stadtkämmerer Kotulla erläutert, daß etwa 1,4 Mio. DM an Ablösebeträgen verfügbar seien, während deren Rest in die Pflichtrücklage einfließen. Reiche der Betrag von 1,4 Mio. zur Aufstockung des Parkdecks Schnabelsmühle nicht aus, müsse man sich hinsichtlich der Finanzierung neue Gedanken machen.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP folgenden

Beschluß:

Die II. Änderung der Gebührenordnung für Parkuhren / Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach (Parkgebührenordnung) wird in der Fassung der Anlage beschlossen.

22. **I. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Der I. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

23. **Einrichtung eines Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen gemäß dem Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2000**

Herr Kraemer legt Wert darauf, daß der künftige Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen den bereits bestehenden Beiräten gleichgestellt ist. Er beantragt, daß der Beirat aus acht Mitgliedern sowie drei beratenden Mitgliedern besteht. Die Kostenerstattung (Fahrkostenersatz) sowie die Vergütungen (Sitzungsgelder) seien entsprechend dem Seniorenbeirat auszuzahlen. Selbst müsse der Beirat entscheiden, wen er in seine Reihen aufnehme. Hierbei sollten nicht unbedingt nur Funktionäre Berücksichtigung finden.

Herr Neuheuser weist darauf hin, daß sich durch den Antrag von Herrn Kraemer der Beirat verkleinere. Es stelle sich nunmehr die Frage, wie dieser sich zukünftig zusammensetzen solle.

Herr Kraemer ist der Auffassung, daß der Beirat seine Zusammensetzung selbst zu regeln habe. Von Seiten des Rates solle hierauf kein Einfluß genommen werden. Sein Antrag ziele auf die Gleichstellung insbesondere mit dem Seniorenbeirat ab.

Herr Schnöring weist darauf hin, daß es bei der Diskussion im Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) am 07.06.2001 eine andere Geschäftsgrundlage gegeben habe. Eine Beschlußfassung über die Anträge von Herrn Kraemer erfolge nunmehr unter Ausklammerung der Wohlfahrtsverbände. Inhaltlich seien die Anträge allerdings nachvollziehbar.

Frau Wöber-Servaes betont, daß sich der Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) zwar mit der Satzung, nicht jedoch mit der Anzahl der Mitglieder des Beirates befaßt habe. Gerade dies sei offengeblieben.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

Beschluß:

Damit die Belange von Menschen mit Behinderungen zukünftig bei der Planung und der Durchführung von Maßnahmen angemessener berücksichtigt werden können, wird ein *Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen* eingerichtet.

Danach faßt der Rat einstimmig folgenden

Beschluß:

Dem Beirat sollen acht stimmberechtigte und drei beratende Mitglieder angehören. Hinsichtlich der Entschädigung (Kostenerstattung und Vergütung) ist er so wie der Seniorenbeirat zu behandeln.

Es besteht Einvernehmen, daß sich der Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) mit der zu überarbeitenden Satzung befassen.

24. Fortführung der Mobilen Offenen Jugendarbeit

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

- 1. Die Vereinbarung über die Mobile Offene Jugendarbeit zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Verein „Katholische Jugendwerke im Rheinisch-Bergischen Kreis e.V.“ als Träger soll für zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2003 Bestand haben.**
- 2. Im Rahmen der Fortführung der Jugendhilfeplanung wird die weitere Integration der Mobilen Offenen Jugendarbeit in das Gesamtkonzept „Offene Kinder- und Jugendarbeit in Bergisch Gladbach“ vollzogen. Das Gesamtkonzept der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Bergisch Gladbach wird bis zum Ende des Jahres 2002 vorgestellt und beschlossen.**
- 3. Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, bis zum 30.06.2003 einen neuen Vertrag mit dem Träger der Mobilen Offenen Jugendarbeit zu vereinbaren, der den zum Jahresende 2002 beschlossenen jugendhilfeplanerischen Gegebenheiten in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Bergisch Gladbach Rechnung trägt.**

25. **Erhöhung des Benutzungsentgeltes für den Jugendzeltplatz Freudenthal**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Der Erhöhung des Benutzungsentgeltes von 4 DM auf 5 DM (€ 2,56) wird zugestimmt. Die Erhöhung gilt ab der Saison 2001.

26. **Änderung Nr. 134/5310 - Overather Straße - des Flächennutzungsplanes;
- Beschluss der Änderung-**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Gemäß §2 BauGB wird die Änderung Nr. 134 / 5310 -Overather Str.- des Flächennutzungsplans beschlossen. Der Änderung ist ein Erläuterungsbericht beigefügt. (§5 Abs.5 BauGB)

27. **Bebauungsplan Nr. 5462 - Moureauxstraße - 1. Vereinfachte Änderung;
- Beschluss als Satzung-**

Der Rat faßt mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

Beschluß:

Der Bebauungsplan Nr. 5462 – Moureauxstraße – 1.Vereinf. Änderung wird gem. § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen als Satzung und die Begründung dazu beschlossen

28. **Bebauungsplan Nr. 8 - Schildgen Ost - 1. Vereinfachte Änderung;
- Beschluss zur Aufstellung-
- Beschluss als Satzung-**

Der Rat faßt in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig folgende

Beschlüsse:

I. Gemäß § 2 in Verbindung mit den §§ 8 ff Baugesetzbuch ist der Bebauungsplan Nr. 8 – Schildgen Ost – 1. Vereinfachte Änderung als verbindlicher Bauleitplan aufzustellen. Der Bebauungsplan erfasst eine als öffentlich festgesetzte Fußwegefläche an der Südwestecke des Grundstücks Unterscheider Weg 43a.

II. Der Bebauungsplan Nr. 8 – Schildgen Ost – 1. Vereinfachte Änderung wird gem. § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen als Satzung und die Begründung dazu beschlossen.

29. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 07.05.2001 zur Umbesetzung im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Den Ausschußumbesetzungen wird zugestimmt.

30. **Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2001 zur Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Der Ausschußumbesetzung wird zugestimmt.

31. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 14.05.2001, an den Bushaltestellen in den beiden Richtungen auf der Dolmanstraße und der Station Refrath der Straßenbahnlinie 1 eine Fußgängerüberquerungsmöglichkeit zu schaffen**

Herr Dr. Fischer verweist auf die Diskussion im Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 27.06.2001. Entsprechend dem Rat von Herrn Kraemer solle sich nunmehr die Stadtverkehrsgesellschaft zunächst mit der Angelegenheit befassen. Die FDP-Fraktion habe ein entsprechendes Schreiben an Herrn Becher abgefaßt. Danach könne der Vorgang nochmals Gegenstand im Fachausschuß sein.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

Beschluß:

Der Antrag wird in den Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.

32. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 14.06.2001 zum Projekt "Selbständige Schule"**

Frau Koshofer begründet den Antrag.

Bürgermeisterin Opladen hält es für erforderlich, dem Fachausschuß die Modalitäten des Projektes näher zu erläutern. Sie halte es für sinnvoll, wenn sich wenigstens eine Bergisch Gladbacher Schule beteilige.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

Beschluß:

Der Antrag wird in den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport überwiesen.

33. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 18.05.2001 zur Einrichtung von Kleinen Offenen Türen /Jugendtreff und Offenen Türen / Kinder und Jugendzentren in den Räumlichkeiten der weiterführenden Schulen der Stadt Bergisch Gladbach**

Herr Dr. Fischer begründet den Antrag.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

Beschluß:

Der Antrag wird in den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport und in den Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß überwiesen) überwiesen.

34. **Antrag der Fraktion KIDitiative vom 03.07.2001 zur Vermietung des Ratskellers des Rathauses Bergisch Gladbach als a) Raum für private Feiern und b) Proberaum für Musikgruppen**

Herr Blask begründet den Antrag. Er bittet darum, den Antrag auch in den Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) zu verweisen.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

Beschluß:

Der Antrag wird in den Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) und in den Finanzausschuß überwiesen.

35. Anfragen der Ratsmitglieder

1. Anfrage vom 07.06.2001 zum Verfahren Sahiti

Bürgermeisterin Opladen verweist auf die schriftliche Anfrage von Herrn Thannisch vom 07.06.2001, deren Beantwortung durch die Verwaltung der Einladung für die Ratssitzung beigelegt wurde.

2. Anfrage zur Anschaffung eines Lärmmeßgerätes

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß im Haushalt für 2001 auch Mittel für die Anschaffung eines Lärmmeßgerätes veranschlagt wurden. Sie möchte wissen, ob das Gerät bereits angeschafft wurde oder, wenn noch nicht, wann es angeschafft werde. Sie befürchtet, daß der Betrag u.U. auf der Streichliste des Kämmerers nach den Sommerferien erscheinen könne.

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß sie inzwischen zur Vorsitzenden der Lärmschutzkommission gewählt worden sei. Sie kündigt an, daß sie diese neue Aufgabe im Interesse der Bürger, die rund um den Flughafen wohnen, wahrnehmen werde.

3. Anfrage zu den Tagessätzen in Altenpflege- und Altenwohnheimen

Herr Schnöring fragt an, ob die Verwaltung über eine Zusammenstellung der Tagespflegesätze in Altenwohnheimen bzw. Altenpflegestätten verfüge. Falls ja wünscht er, diese mit einer Erklärung übersandt zu bekommen, wie sich die Beträge jeweils zusammensetzen.

4. Anfrage zur Verwendung der Dreiecksständer

Herr Blask fragt an, nach welchen Kriterien die Dreiecksständer an politische Vereinigungen auch außerhalb der Wahlkampfzeiten ausgehändigt werden. Es sei derzeit im Straßenbild des öfteren ihre Verwendung zu beobachten.

5. Anfrage zu einer Baumaßnahme im Bereich des Kuckucksweges

Frau Kreft weist darauf hin, daß im Zuge einer Baumaßnahme am Kuckucksweg u.a. auch einige sehr alte Bäume gefällt werden sollen. Sie fragt an, ob diese Maßnahme tatsächlich unumgänglich sei oder ob sich hier eine andere Lösung finden lasse.

6. Anfrage zur Durchführung des autofreien Tages in Bergisch Gladbach in diesem Jahr

Herr Ziffus weist darauf hin, daß am 22.09.2001 ein autofreier Tag durchgeführt werden solle. Er möchte wissen, ob sich die Stadt hieran wieder beteilige und

wenn ja, welche Maßnahmen geplant seien.

7. Anfrage zur Abgabe einer abweichenden Meinung des Stadtkämmerers

Herr Dr. Fischer weist darauf hin, daß Stadtkämmerer Kotulla in der Sitzung des Hauptausschusses am 26.06.2001 zur Finanzierung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft seine abweichende Meinung vorgetragen habe. Er möchte wissen, ob hinsichtlich dieser Angelegenheit inzwischen wieder eine einheitliche Verwaltungsauffassung existiere.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß der Kämmerer hierzu gemäß § 70 Abs. 4 Satz 2 der Gemeindeordnung die Berechtigung hatte. Inzwischen habe der Aufsichtsrat der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft getagt. Der Vertreter der Stadt, Herr Kraemer, habe dem Aufsichtsrat den Beschluß des Hauptausschusses mitgeteilt.

Herr Dr. Fischer fragt an, ob der Beschluß des Hauptausschusses trotz des abweichenden Votums des Stadtkämmerers Gültigkeit habe.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß der Hauptausschuß die abweichende Meinung des Stadtkämmerers zur Kenntnis genommen und dennoch seinen bekannten Beschluß gefaßt habe. Dieser habe Gültigkeit, was dem Aufsichtsrat auch so mitgeteilt wurde.

Verabschiedung der Ratsmitglieder Holger Blask, Helene Wagner und Konrad Kraemer

Bürgermeisterin Opladen verabschiedet die Ratsmitglieder Holger Blask, Helene Wagner und Konrad Kraemer. Sie bedankt sich für deren Mitarbeit und wünscht ihnen für ihre weitere Zukunft alles Gute.

Danach bedanken sich Herr Blask, Frau Wagner und Herr Kraemer für die Möglichkeit, daß sie im Rat an den Geschicken der Stadt mitwirken konnten, und für die kollegiale Zusammenarbeit.

Herr Kraemer lädt alle Rats- und Verwaltungsmitglieder zu einem kleinen Umtrunk im Anschluß an die Ratssitzung ein.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.